Reinhard Steinlechner

Die schlanke Stadt

Kostenwahrheit als mögliches Steuerungsinstrument für Raumplanung

Doktorarbeit / Dissertation

GRIN

BEI GRIN MACHT SICH IHR
WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit,
  Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch -
  weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

GRIN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2001 GRIN Verlag
ISBN: 9783638029131

Dieses Buch bei GRIN:

https://www.grin.com/document/89531

Reinhard Steinlechner

Die schlanke Stadt

Kostenwahrheit als mögliches Steuerungsinstrument für Raumplanung

GRIN Verlag

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

http://www.grin.com/

http://www.facebook.com/grincom

http://www.twitter.com/grin_com

„Die schlanke Stadt“

Kostenwahrheit als mögliches Steuerungsinstrument für die Raumplanung.

DISSERTATION

Zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechtswissenschaften an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Leopold – Franzens – Universität in Innsbruck.

Erstellt am Institut für Städtebau und Raumplanung der Baufakultät
an der Leopold – Franzens – Universität in Innsbruck.
Vorstand: o. Univ. Prof. Christoph Langhof Architekt BDA

Eingereicht bei:
o. Univ. Prof. Dr. Karl Weber
Erstbegutachter

o. Univ. Prof. Dr. Erich Thöni
Zweitbegutachter

Eingereicht von:
Ing. Mag. Reinhard Steinlechner

Volders, im Jänner 2001

VORWORT

Städte, Regionen und Länder sehen sich in ihren Bemühungen, möglichst ideale Lebensbedingungen für ihre Bewohner zu schaffen, zunehmend in einen internationalen Konkurrenzkampf verwickelt.

Die Deregulierung und Globalisierung der Märkte, das Vordringen neuer Anbieter aus nichteuropäischen Ländern, die wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft und nicht zuletzt der technische Fortschritt führen zusätzlich zu einer rasanten Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse in Europa.

Von dieser Entwicklung des Weltmarktes bleiben europäische Regionen nicht unbeeinflußt. Sie können sich diesen Prozessen nicht entziehen, ohne Gefahr zu laufen, an den Rand des Geschehens gedrängt zu werden. Um auch in Zukunft zu den Gewinnern auf dem Weltmarkt zu Gehören, müssen sich Gemeinden, Städte und Regionen als attraktive Wirtschafts-standorte und Lebensräume immer wieder neu profilieren und qualifizieren. Nicht zuletzt deswegen steht die rolle und Leistungsfähigkeit des Staates auf dem Prüfstand mit der Folge, daß zunehmend klassische Aufgabenbereiche der öffentlichen Hand ausgegliedert und privatisiert werden.

Tradierte Handlungsmuster, gewohnte Entwicklungsstrategien beziehungsweise „bewährte“ städtebauliche Instrumentarien allein scheinen unserer Zeit nicht mehr zu entsprechen. Sie sind auch in der Regel viel zu schwerfällig.

Waren Städtebau und Raumplanung bisher eher passiv, verwaltungsorientiert und bestrebt, bereits stattfindende, gesellschaftliche Vorgänge im Nachgang zu regeln und zu harmonisieren, so ist Stadt- und Raumplanung heute mehr und mehr ein aktiv gestaltendes, ein unternehmungsorientiertes Instrument zum Initiieren und Entwickeln von gewünschten gesellschaftlichen Prozessen.

In diesem Sinne präsentiert die Untersuchung *Die schlanke Stadt* von Herrn Mag. Reinhard Steinlechner nicht nur beeindruckend klare Daten und Fakten zum Thema. Sondern vor allem liefert sie strategische Argumente und Instrumentarien für die Steuerung einer nachhaltigen

Entwicklung von Regionen und Städten. Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ist offensichtlich möglich, sofern sie von der Politik und Gesellschaft tatsächlich gewollt wird.

Mit anderen Worten: Diese Untersuchung ist eine verblüffend eindeutige Bestätigung der Ausgangsthese: *Würde „Kostenwahrheit" herrschen, würden unsere Städte und Dörfer anders aussehen, sie wären schlanker.*

Ich bin Herrn Mag. Steinlechner außerordentlich dankbar, daß er sich des Themas angenommen hat. Er hat seine Aufgabe mit Bravour bewältigt und ich hoffe sehr, daß die Ergebnisse seiner Arbeit auf fruchtbaren Boden fallen.

Ich wünsche Ihnen eine anregendes Studium der vorliegenden Arbeit.

o. Univ. Prof. Christoph Langhof Architekt BDA

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort: o. Univ. Prof. DI Christoph Langhof	I
Inhaltsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	8
KAP 1 EINLEITUNG UND PROBLEMSTELLUNG	11
1.1. Problemlage	11
1.2. Gang der Untersuchung	14
KAP 2 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	16
2.1. Allgemeines	16
2.2. Abgaben	16
2.3. Gebühren	17
2.4. Beiträge - Abgrenzung zu Gebühren	18
2.5. Der Preis	19
2.6. Zersiedelung	20
2.7. Kostenwahrheit/Kostengerechtigkeit	23
2.8. Raumplanung und Raumordnung	31
KAP 3 ÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG VON INFRASTRUKTURABGABEN	32
3.1. Gemeindegebühren im F-VG 1922	32
3.2. Gemeindegebühren im F-VG 1925	33
3.3. Gemeindegebühren im F VG 1931, F-VG 1934, ATG 1934	35
3.4. Gemeindegebühren im F-VG 1948	35
KAP 4 RECHTLICHE GRUNDLAGEN VON GEBÜHREN UND BEITRÄGEN DER GEMEINDEN	37
4.1. Kompetenzverteilung	37
1) Kompetenz-Kompetenz	37
2) Weitere Kompetenzen des einfachen Bundesgesetzgebers	39
3) Kompetenzen des Landesgesetzgebers	39
4) Abgabenkompetenz der Gemeinden	39
4.2. Gemeindegebühren und Abgaben	40
1) Allgemeines	40
2) Gemeindegebühren und Abgaben aufgrund bundesgesetzlicher Ermächtigung	41
A) Festlegung der ausschließlichen Gemeindeabgaben	41
B) Ermächtigung zur Schaffung materiellen Steuerrechts	41

	Seite
C) Unterschiede	42
D) Einfluss der Landesgesetzgebung auf die Gemeindeabgaben aufgrund § 7 Abs. 5 F-VG	43
E) Konkrete Verordnungen aufgrund bundesgesetzlicher Ermächtigung im Zusammenhang mit technischer Infrastruktur	44
a) Allgemeines	44
b) Kanalgebührenordnungen	44
ba) Kanalanschlussgebühren	44
bb) Laufende Kanalgebühren	45
c) Wassergebührenordnungen	45
ca) Wasseranschlussgebühren	45
cb) Laufende Wassergebühren	46
F) Grafischer Überblick	47
3) Gemeindegebühren und Abgaben aufgrund landesgesetzlicher Ermächtigung	47
A) Weitere verfassungsrechtliche Möglichkeiten	47
B) Ermächtigung zur Schaffung materiellen Steuerrechts	48
a) Ausgleichsabgabe	48
b) Erschließungsbeitrag und Gehsteigbeitrag	**48**
C) Grafischer Überblick	49
4) Einfluss der Förderungsverwaltung auf die Gebührengestaltung	50
4.3 Strafbestimmungen	50
KAP 5 UNTERSUCHUNG DES VERHÄLTNISSES VON ERRICHTUNGSKOSTEN UND ANSCHLUSSGEBÜHREN IN ABHÄNGIGKEIT DER BEBAUUNGS-DICHTE AM BEISPIEL VON INNSBRUCK	52
5.1. Methode	52
1) Welche Einrichtungen der technischen Infrastruktur sind zu untersuchen	52
2) Welche Kosten sind zu untersuchen	53
3) Gebietskriterien	53
5.2. Die Untersuchungsgebiete	54
5.3. Analysegrundlagen, Analysedurchführung	55
5.4. Die Ergebnisse im Detail	57
1) Die wesentlichen Kennzahlen der Untersuchungsgebiete	57
A) Absolute Flächenbilanzen	58
B) Relative Flächenbilanzen	59
2) Erschließung mit Straßen	60

	Seite
3) Abwasserentsorgung	63
4) Wasserversorgung	66
5) Gesamtvergleich	69
KAP 6 DIE DETERMINIERUNG DER GEMEINDEABGABEN HINSICHTLICH DER HÖHE	71
6.1. Darstellung der Entwicklung der Rechtsprechung zum Äquivalenzprinzip	72
1) Einführung des Äquivalenzprinzips in der zweiten Republik	72
2) Merkmale einer dem Äquivalenzprinzip unterliegenden Gemeindegebühr	72
3) Möglichkeiten der Gebührenbemessung	73
4) Interessentenbeiträge	73
5) Benützungsgebühren, weitere Erkenntnisse	74
6) Toleranzgrenze	75
7) Ableitung des Äquivalenzprinzips aus dem Gleichheitsgrundsatz	76
8) Begründung des Äquivalenzprinzips und Verteilungsmaßstab	77
9) Differenzierungsgrenze	80
10) Die Gebührenhöhe nach § 15 Abs. 3 Z 5 FAG 1997	81
11) Die Untersuchungsergebnisse (KAP 5) und das „Prinzip der Sachlichkeit“	83
12) Die Grenze der Verwaltungseffizienz	84
6.2. Schlussfolgerungen und Grundsätze	85
6.3. Subsumtion der Untersuchungsergebnisse unter die Grundsätze des Äquivalenzprinzips	87
1) Erschließungskosten	88
A) Die Fakten	88
B) Rechtliche Beurteilung	88
2) Kanalisation	90
A) Die Fakten	90
B) Rechtliche Beurteilung	90
3) Wasserverteilungskosten	92
A) Die Fakten	92
B) Rechtliche Beurteilung	92
4) Inkongruenz zwischen fiskalischer Realität und finaler Raumplanungs-determinierung	93
KAP 7 DIE KALKULATION VON GEMEINDEGEBÜHREN	96
7.1. Allgemeines	95
7.2. Kalkulation der Gesamtkosten	97

	Seite
7.3. Die Kalkulation der Bebauungsart	99
KAP 8 FAZIT UND AUSBLICK	100
8.1. Allgemeines	100
1) Grundsätzliche Möglichkeiten der Gebührengestaltung	101
8.2. Vorschläge für kostengerechte Gebührenordnungen	102
1) Erschließungskostenbeitrag	102
2) Kanalanschlussgebühren	104
3) Wasseranschlussgebühren	105
8.3. Zersiedelung und Suburbanisierung	106
1) Über die Bedeutung von Raumplanung insgesamt	106
2) Funktionstrennung und Nutzungsmischung	107
Exkurs: Agenda 21	108
3) Baulandmobilisierung	110
8.4. Neueste Entwicklungen	111
1) Entwicklung der Infrastrukturunternehmen	111
2) Von der Gebühr zum Tarif	112
A) Juristische Beurteilung	113
B) Wirtschaftliche und politische Überlegungen	115
C) Alternative Möglichkeiten	116
D) Zusammenfassung	116
8.5. Schlussbemerkungen	117
KAP 9 ZUSAMMENFASSUNG	118
VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN, TABELLEN UND GRAFEN	120
LITERATURVERZEICHNIS	122

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

aA	andere Ansicht
Abs.	Absatz
Arge Alp	Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer
ATG 1934	Abgabenteilungsgesetz 1934
AW	Anschlusswert
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BRD, Bonn)
BG	Bundesgesetz, Bundesgesetze
BGBl.	Bundesgesetzblatt
Bgld.	Burgenland
BL	Berechnungslänge
BM	Baumasse
BM	Baumasse [m³]
BP	Bauplatzgröße [m²]
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
DAB	Deutsches Architektenblatt
dh	das heißt
EB	erläuternde Bemerkungen
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EKB	Erschließungskostenbeitrag
ES	Einheitssatz
EUREK	Europäisches Raumentwicklungskonzept
EvBl	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen (in der Österreichischen Juristen-Zeitung)
f	folgende
FAG	Finanzausgleichsgesetz
ff	fortfolgende
FN	Fußnoten
F-VG 1922	Finanz-Verfassungsgesetz 1922
F-VG 1931	Finanz-Verfassungsgesetz 1931
F-VG 1934	Finanz-Verfassungsgesetz 1934
F-VG 1948	Finanz-Verfassungsgesetz 1948
GFZ	Geschossflächenzahl, Geschossflächendichte
ha	Hektar
idFv	in der Fassung vom

idgF	in der gültigen Fassung
iS	im Sinne
JBl	Juristische Blätter
JRP	Journal für Rechtspolitik
KAG	Kanalanschlussgebühr
KDZ	Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum
Ktn	Kärnten
LG	Landesgesetz, Landesgesetze
LGBl.	Landesgesetzblatt
lit.	litera (Buchstabe)
mMn	meiner Meinung nach
mwN	mit weiteren Nachweisen
NKA	Nutzen-Kosten-Analyse
NÖ	Niederösterreich
NZZ	Neue Züricher Zeitung
ÖGZ	Österreichische Gemeindezeitung
ÖIR	Österreichisches Institut für Raumplanung
OÖ	Oberösterreich
ÖRK	Österreichisches Raumordnungskonzept
ÖROK	Österreichische Raumordnungskonferenz
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
RV	Regierungsvorlage
SIR	Salzburger Institut für Raumforschung
sMn	seiner Meinung nach
Stmk	Steiermark
Tir.	Tirol, Tiroler
TirLaReg	Tiroler Landesregierung
TT	Tiroler Tageszeitung
u. best.	unter bestimmten
u. dgl.	und dergleichen
ua	unter anderem
v. H.	von Hundert
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Sammlung der wichtigsten Erkenntnisse und Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofs
Vgl	vergleiche